



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/14c

13. Oktober 1949

Keine ostzonale Einrichtung hat in den feierlichen Reden bei der Inthronisierung des Regimes Pieck-Grotewohl eine solche Rolle gespielt wie die "Volks"-Polizei. Der folgende Beitrag scheint uns deshalb besonders aktuell.
D.Red.

Leninistische Kader in der "Volks"-Polizei

sp. Schon heute trägt die "Volks"-Polizei der Sowjetzone den Charakter einer kommunistischen Miliz. Die Entwicklung zu einem rein kommunistischen Machtinstrument ist dabei noch nicht abgeschlossen. Der erste Schritt auf diesem Wege war der Ersatz von Nichtkommunisten in verantwortlichen Positionen durch besonders geschulte Parteifunktionäre der SED. Inzwischen ist auch hierin ein Wandel eingetreten.

Diese alten Kommunisten laufen immer mehr Gefahr, titoistischen Strömungen zu erliegen. Wenn sie nicht geradezu Beweise für das Gegenteil erbringen, was gewiss nicht leicht ist, riskieren sie, durch junge Kräfte ersetzt zu werden, die aus dem Lager der Indifferenten kommen und durch mehrere Parteilehrgänge auf Partei- und Polizeischulen in dem gewünschten Sinne erzogen wurden. Gerade in diesen Kreisen rührt man jetzt mit grosser Aktivität die Werbetrommel, um junge Menschen zum Eintritt in die "Volks"Polizei zu bewegen. Diese Bemühungen bleiben nicht immer ohne Erfolg, vor allem aus materiellen Gründen. Das trifft auch für Studenten zu, die gezwungen waren, ihr Studium aufzugeben.

Breitesten Raum des Lehrplanes auf den Polizeihochschulen umfaßt naturgemäss die politische Schulung. Zwei immer wiederkehrende Themen sind "Die Arbeiterklasse und die Revolution" und "Die marxistische Lehre vom Kriege". Wöchentlich hat der Schüler eine Kontrollarbeit über ein politisches Thema abzuliefern, an der der Fortschritt der Schulungsarbeit abzulesen ist. Eines der weiteren

13.10.1949

Hauptziele ist die Erziehung "zur Freundschaft gegenüber der Sowjetunion". Das sowjetische Vorbild wird aber auch bei der politischen

Struktur der Ostzonenpolizei sichtbar. Wie in der Sowjetunion wird bei der Volkspolizei besonderer Wert neben dem Aufbau der Bereit-

schaften der Grenzpolizei auf die Verstärkung und Politisierung der Eisenbahnpolizei gelegt. Durch kommunistische Kommunalpolitik wurde

erreicht, dass heute 30 Prozent der Ostzonen-Eisenbahnpolizei fanatische Anhänger der SED sind, deren ganzer Ehrgeiz es ist, durch

rücksichtslose Kontrollen den Verkehr und die Reisenden zu überwachen.

Noch ist die Masse der Polizeiangehörigen trotz allen Schulungen nicht so weit, dass sie bedenkenlos den sowjetischen Anordnungen an

die "Volks"-Polizei Folge leistet. Ständige Überprüfungen, ein weitverzweigtes Spitzelsystem auch innerhalb der Polizei und immer wie-

der Schulungen sollen den Rest tun und die "Volks"-Polizei zu einem willenslosen Werkzeug der Sowjets nach deren etwaigem Abzug aus

Deutschland machen.

Obwohl die Polizei eng mit den SED-Parteivorständen zusammenarbeitet, ist sie doch ein eigener Apparat, der auch politisch unter

sowjetischer Kontrolle steht. Die gesamte Polizei soll soweit gebracht werden, dass sie unabhängig von der SED eigene leninistische

schon Kadern bildet. Die Erfahrungen, die die Sowjets im Verlaufe des Westberliner Eisenbahnerstreiks sammeln mussten, bestätigten,

dass dieser Apparat noch nicht zuverlässig ist. Man schätzt in eingeweihten Kreisen, etwa 30 Prozent der Ostzonenpolizei auch für den

dass Ernstfall im Sinne der Russen zuverlässig sind. Das aber genügt ihnen natürlich nicht. Deshalb lassen die kommenden Monate an Säu-

berungsaktionen, Schulungszwang und politischem Terror noch mancherlei erwarten.

* * *

Gefahren des europäischen Handelskrieges

Fig. Ber. London

In den Wandelgängen des Unterhauses und in zahllosen Unterhaltungen haben Mitglieder der Labour-Party ihre Furcht vor einem chaotischen nationalen Wettstreit in Europa um amerikanische Dollars zum Ausdruck gebracht. Grossman sagte z.B. während einer Debatte am 28. September: "Ich habe etwas vom wirklichen Lebensstandard in Deutschland gesehen. Die Reallöhne erreichen nicht einmal die Hälfte der unsrigen. Wenn trotzdem die Deutschen schon wieder instande sind, uns zu unterbieten und auszuschalten, so liegt die Schuld nicht am deutschen Arbeiter, sondern am Kampf um den Export und an der Tatsache, dass 65 Millionen in Deutschland exportieren oder sterben müssen, genau wie wir. Ich bitte die Regierung, das deutsche Problem in Angriff zu nehmen, ehe es unlösbar geworden ist. Die Deutschen wollen keineswegs freiwillig Hunger leiden, um uns schlagen zu können. Sie würden vielmehr viel lieber eine gemeinsame, vernünftige Planung im Exporthandel sehen".

Man sieht daraus, dass die deutsche Frage die Gemüter der Abgeordneten stark bewegt. Man sorgt sich bereits in der Schiffsbauindustrie über die Auswirkungen der deutschen Konkurrenz. Diese Sorge wird sich vergrössern, wenn Japan mehr und mehr auf dem Weltmarkt in Erscheinung tritt. Deshalb empfindet man in steigendem Masse, dass das Dollar-Problem nicht getrennt von der Frage der Kriegsschulden betrachtet werden kann. Wigg und Harold Davies haben während der Debatte die Aufmerksamkeit auf diese Tatsache gelenkt. Man glaubt, dass einer der grossen Fehler der USA in der Zeit von 1919 - 1931 die verwunderliche Art ihrer ausländischen Investitionen bildete. Man sah sie als nebensächlich, nicht als ernsthaftes Geschäft an. In der ganzen Zeitspanne betrieben die USA keine wirkliche, ausländische Leihpolitik.

Von den Backbenchers (den Abgeordneten auf den rückwärtigen Bänken, also der Masse der Fraktion) wird jetzt ein Druck auf die Labour Regierung ausgeübt, die ungleiche Last der Kriegsschulden den Vereinigten Staaten klarzumachen. Damit soll durchaus nicht die Grosszügigkeit des amerikanischen Volkes verkleinert werden. Sowohl Präsident Roosevelt als auch Präsident Truman legten Wert auf die Feststellung, dass es nur fair sei, wenn jedes Land den

gleichen Prozentsatz seiner nationalen Mittel für den Krieg einsetze, so dass die Kosten entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit

verteilt würden. Würde dies geschehen, so hätte Grossbritannien 5.8 Milliarden Pfund und die USA 7.6 Milliarden aufzubringen. Der

Herter-Ausschuss, der Europa besuchte, schlug im Februar 1948 bereits eine Kriegsschulden-Konferenz vor und die Zahl der englischen

Abgeordneten wird immer grösser, die sich dafür einsetzt.

Die hohen Ausgaben für die Verteidigung und die Rüstung werden in der nächsten Parlamentssitzung sicherlich scharfer Kritik unterzogen und gleichzeitig die Forderung nach ihrer Kürzung erhoben werden. Abgeordnete der Labour Party fragen sich, ob sich England in der Zeit der Abwertung weitere militärische Ausgaben leisten kann, wenn man weitere Einschränkungen fordert. Sie sind der Meinung, dass auch die Rüstung über eine gewisse Grenze nicht hinausgehen kann.

* * *

Eine Herausforderung

Es ist bezeichnend für die heutigen Verhältnisse in Deutschland, dass man in Kreisen ehemaliger Corpsstudenten die Zeit für reif hält,

die bisher geübte Zurückhaltung aufzugeben und vor die Öffentlichkeit zu treten. Das wurde besonders auf der kürzlichen Tagung in

Weinheim deutlich, wo 600 Delegierte ehemaliger Corps, selbstverständlich in Band und Mütze, zusammenkamen und die Gründung eines Alt-

herrenverbandes beschlossen. Ziel des Verbandes sei, "dem heutigen Studenten Halt zu verleihen".

Im Grunde geschah nichts Neues. Es wurde hier ein seit langem hinter den Kulissen bestehender Tatbestand vor der Öffentlichkeit

sichtbar gemacht und legalisiert. Die katholischen Altherrenverbände bestanden seit längerem. Die verschiedenen Verbindungen feierten

seit 1946 insgeheim und mit Diskretion Stiftungsfeste und fröhliche Urständ. Von Göttingen und anderen Universitäten wusste man trotz

wiederholter Dementis von Mensuren und Duellen auf Dachböden und in Waschküchen zu berichten. Bis zu diesem Versuch in Weinheim war nur

noch ein kleiner Schritt.

Man braucht sich keineswegs über die Pläne dieser wiedererstandenen Corps irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Man darf sicher

13.10.1949

sein, dass ihr Ziel, 'den Studenten einen Halt zu geben', nichts mit der Förderung Minderbemittelter, geschweige mit der Heranziehung studentischen Nachwuchses aus Arbeiterkreisen zu tun hat. Man sorgt rechtzeitig dafür, die sich abzeichnende Restauration zu festigen und enthebt Bonn der Mühe, für das zu bildende Auswärtige Amt und für die Verwaltung geeigneten Nachwuchs zu finden. Man konsolidiert sich.

Es muss aber an dieser Stelle die klare Frage an die hinter diesen Versuchen stehenden Kreise gerichtet werden, ob man etwa daran denkt, der Welt das gleiche Schauspiel zu bieten, das das deutsche Universitätsleben schon vor 50 Jahren unerträglich und lächerlich machte? Will man wieder den Begriff der "studentischen Ehre" einführen, der den Corpostudenten vorteilhaft von der misera plebs abhob, die Studenten in sich bittebefehlende Grüppchen aufsplitterte? Soll diese Ehre wieder "mit der Waffe in der Hand" auf Mensuren und mit Duellen verteidigt werden?

Millionen sind obdachlos, Hunderttausende erwerbslos. Hunderttausende warten hinter russischem Stacheldraht verzweifelt auf ihre Heimkehr, die Mehrzahl der Studenten hat nicht einmal das Existenzminimum und ist auf die Hilfe des Auslandes angewiesen. Und 600 Repräsentanten ehemaliger Corps, 600 Gespenster einer gänzlich unerwünschten Vergangenheit unternehmen es auf der anderen Seite, sich über alle Gegebenheiten der Gegenwart hinwegzusetzen und zu versuchen, veraltete Privilegien wiederzuerobern. Dieser Versuch ist ein böser Anachronismus und eine beleidigende Herausforderung. Freilich - die Herren haben schon ein Organ dafür, was man heute bereits wieder riskieren kann. Vielleicht erinnern sie sich nur daran, dass Sitz der feudalsten Corps - Bonn war. Welch' sinniges Spiel des Zufalls.

Dr.W.

* * *

"Falken" - Protest

Das Zentrale Sekretariat der "Falken", Hannover hat nach Bekanntwerden des Schicksals von vier von den Sowjetrussen in Berlin verhafteten Jugendlichen an den Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen beim Deutschen Bundestag einen Brief folgenden Inhalts gerichtet:

Uns erreicht heute die Nachricht, dass die Berliner "Falken"-mitglieder Gerhard Sperling, Lothar Otter, Günter Schlierf und Horst Glank sich im Konzentrationslager Sachsenhausen befinden. Die Genannten wurden am 7. Juli 1949 von einem sowjetischen Militärtribunal zu je 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Als Urteilsbegründung wird angegeben: antisowjetische Propaganda, illegale Arbeit, Aufbewahrung der Falkenzeitschrift "Solidarität", Abhören der antisowjetischen Sender "RIAS" und NWDR und Verbreitung von Flugblättern gegen die Blockade und die Ostgrenze.

Die Verhaftung von Günter Schlierf und Horst Glank erfolgte bereits am Vorabend der Wahl vom 5. Dezember 1948 in Lichtenberg beim Kleben von genehmigten SED-Plakaten. Gerhard Sperling und Lothar Otter wurden im Februar bzw. Mai 1949 verhaftet, nachdem sie beschuldigt wurden, einen Ausspruch von Rosa Luxemburg über die Freiheit hektographiert und verteilt zu haben.

Die Falkenbewegung stellt dazu fest; Weder die Schriften von Rosa Luxemburg, noch das Abhören von Rundfunksendern ist verboten. "Die Solidarität" ist eine durch die britische Militärregierung Berlin genehmigte Druckschrift der "Falken". Das Eintreten gegen die Blockade und der Protest gegen das vorzeitige Festlegen der Ostgrenze ist ein Recht, das jedem Bürger eines demokratischen Landes zusteht. Die Verurteilung der Jugendlichen ist daher völlig unbegründet. Ungeheuerlich aber geradezu ist das Verhalten der für die Verhaftung zuständigen Stellen. Die Jugendlichen waren für ihre Angehörigen und Freunde seit ihrer Verhaftung so gut wie verschwunden und nur ein Zufall brachte es an den Tag, dass sie nach ihrer rechtswidrigen Verurteilung ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht wurden. Dies und die Tatsache, dass man jugendliche Menschen hinter verschlossenen Türen und ohne Verteidigungsmöglichkeiten verurteilt, ist ein ungeheuerlicher Vorgang und spricht jeder Gesetzlichkeit Hohn.

Wir fordern den Bundestag auf, an alle Stellen, die die Möglichkeiten und Wachtsmittel besitzen, um jene unhaltbaren Zustände im sowjetrussisch verwalteten Teil Deutschlands zu ändern, heranzutreten, um zu einer Aufhebung der Urteile und zur Freilassung der Jugendlichen zu kommen.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau